



IBU und FVK intervenieren gegen einseitige EU-Schutzmaßnahmen: „Verringerung zollfreier Stahlimporte unbegreiflich“

Keine Anstiege in Sicht – Quoten gefährden Zulieferer, die Millionen von Arbeitsplätzen stellen

HAGEN – 07. Mai 2020. „Eine weitere Reduzierung der Importkontingente für Stahl ist unbegreiflich.“ In einem aktuellen Interventionsschreiben wenden sich der **Industrieverband Blechumformung (IBU)** und die **Fachvereinigung Kaltwalzwerke (FVK)** an das **Directorate-General for Trade (DG)** der **EU-Kommission** in Brüssel. Auslöser ist die **aktuelle Diskussion und das Monitoring-Verfahren, die zollfreien Einfuhrquoten für Stahl um 75 Prozent zu reduzieren. Diese verschärfte Schutzmaßnahme würde die Stahlindustrie einseitig privilegieren, aber zugleich die stahlverarbeitenden Unternehmen stark schwächen. „Die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlhersteller darf nicht zulasten der Verarbeiter gehen, die ein Vielfaches an Arbeitsplätzen stellen“, warnen beide Verbände.**

Zusätzliche Bedrohung für Zulieferer

Seit Mitte 2018 begrenzt die EU die Stahleinfuhren aus Drittstaaten durch sogenannte Safeguards („measures applicable to imports of certain steel products“). Die weitere Verringerung der zollfreien Importquote wäre eine zusätzliche Bedrohung für Zulieferer. Viele von ihnen kämpfen Corona-bedingt ohnehin um ihre Existenz. Für IBU und FVK ist die Importquotendiskussion unbegreiflich, ungemessen und auch nicht WTO-konform: „Jegliche Voraussetzungen und Rechtsgrundlagen für eine Quotenveränderung fehlen. Es gibt kein ordentliches Review-Verfahren, die betroffenen Branchen werden nicht einbezogen und vor allem sind die zwingend notwendigen Änderungen auf der Importseite nicht erkennbar. Wir sehen und erwarten keine plötzlich steigenden Einfuhren – etwa aus China“, unterstreicht IBU-Geschäftsführer Bernhard Jacobs.

Keine Importanstiege in Sicht – Nachfrage sinkt

Aktuelle Zahlen zu EU-Importen untermauern die Argumentation von IBU und FVK – es sind keine Importanstiege in Sicht. Die Einfuhren an Walzstahl beispielsweise sind 2019 um 13 Prozent gesunken, bis zum Februar dieses Jahres sogar um 17 Prozent. Die weitere Entwicklung ist völlig unklar – ein Anstieg ist aufgrund nachlassenden Bedarfs sehr unwahrscheinlich. Im Gegenteil: Globale Stahlexporte werden voraussichtlich weiter sinken, schon jetzt sind die Bestände in den Inlandsmärkten hoch. Von einer Schädigung der EU-Stahlindustrie durch steigende Importe ist dementsprechend keinesfalls auszugehen, Einschätzungen zur Stahlmarktentwicklung sind rein spekulativ. „Wir haben naturbedingt als



Diese und weitere Pressemitteilungen + Fotos [hier](#) zum Download

Partner der Stahlindustrie großes Interesse daran, diese wettbewerbsfähig zu halten. Aber es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die Safeguards – die die EU-Stahlproduzenten schützen sollen – nun dazu dienen, deren Marktanteile festzuschreiben. Unter dieser Einschätzung hat die Akzeptanz dieser Maßnahmen bereits gelitten“, betont Martin Kunkel, Geschäftsführer der FVK.

„Wollen irreparablen Schaden an der Wirtschaft verhindern“

Die Verbände, deren Mitglieder überwiegend mittelständische Zulieferer sind, wollen mit ihrem Einspruch einen schweren, irreparablen Schaden der europäischen Wirtschaft verhindern: „Schon die aktuelle Diskussion um die Verringerung der Stahlquoten schafft eine hohe Unsicherheit.“ Betroffen von einer weiteren Einschränkung der Importkontingente wären Branchen mit Millionen von Arbeitsplätzen. Während in der Stahlproduktion circa 180.000 Menschen beschäftigt sind, sind es in der stahlverarbeitenden Industrie – ohne Automotive und Maschinenbau – rund 4,2 Millionen.

Text 3.329 Z. inkl. Leerz.

BU	Foto Nr.	Foto
Keine Importanstiege in Sicht: Der Industrieverband Blechumformung (Foto o. GF Bernhard Jacobs) und die Fachvereinigung Kaltwalzwerke (Foto u. GF Martin Kunkel) halten eine Verschärfung der Einfuhrquoten für Stahl für unbegreiflich und unangemessen.	35	
	28	

Foto/s: Industrieverband Blechumformung (IBU) – Abdruck honorarfrei – bitte nur mit Quellenangabe

Diese und weitere Pressemitteilungen + Fotos [hier](#) zum Download

Pressestelle IBU: Eva Machill-Linnenberg, mali pr, Schlackenmühle 18, 58135 Hagen, fon +49 2331 46 30 78, fax +49 2331 4 735 835, ibu@mali-pr.de



KURZPROFIL: Industrieverband Blechumformung e.V. (IBU)

Der IBU in Hagen vertritt als Bundesverband circa 240 Mitgliedsunternehmen der blechumformenden Industrie und deren Zulieferer. Diese überwiegend aus mittelständischen Familienunternehmen bestehende Branche wird durch eine industrielle Fertigung für marktmächtige Kunden geprägt. Das Umsatzvolumen der Branche betrug im Jahr 2018 rund 21,85 Milliarden Euro. Die Verbandsmitglieder sind mehrheitlich Zulieferer der Automobil- und Elektronikindustrie, des Maschinen- und Anlagenbaus, der Möbel- und Bauindustrie sowie der Medizintechnik.

Ansprechpartner:

Industrieverband Blechumformung (IBU)
Geschäftsführer Bernhard Jacobs
Tel.: +49 (0) 23 31 95 88 19 oder 95 88 56
Fax: +49 2331 - 95 87 56
E-Mail: info@industrieverband-blechumformung.de
www.industrieverband-blechumformung.de

KURZPROFIL: Fachvereinigung Kaltwalzwerke e. V.

Die Fachvereinigung Kaltwalzwerke e. V. (FKV) ist der deutsche Fachverband der Hersteller von kaltgewalzten Bandstählen in allen Ausführungen, vergütbar, vergütet oder oberflächenveredelt. Die deutsche Kaltwalzindustrie ist ausgesprochen mittelständisch geprägt und hat ca. 6.500 Beschäftigte. Kaltband wird vielfältig eingesetzt: Automobilindustrie, Elektro, Eisen-, Blech- und Metallverarbeitung, Feinmechanik, Rohre, Kaltprofile, Möbel, Haushaltsgeräte und vieles mehr.

Ansprechpartner:

Fachvereinigung Kaltwalzwerke
Geschäftsführer RA Martin Kunkel
Tel.: + 49 (0) 211 4564-121
Fax: + 49 (0) 211 4564-122
Mobil + 49 (0) 172 2164344
E-Mail: kunkel@fv-kaltwalzwerke.de
Internet: www.fv-kaltwalzwerke.de

Datenschutz und Abmeldung Pressemitteilungen

Das Thema Datenschutz ist hochaktuell und auch für uns von zentraler Bedeutung. Sie erhalten von uns regelmäßig Pressemitteilungen zu journalistisch relevanten Themen und Neuigkeiten. Die fortgesetzte Verwendung Ihrer E-Mail-Adresse zu diesem Zweck beruht auf unserem diesbezüglichen unternehmerischen Interesse und erfolgt auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO. Einer entsprechenden Verwendung Ihrer E-Mail-Adresse können Sie jederzeit widersprechen, hierfür genügt eine E-Mail an ibu@mali-pr.de oder ein Klick auf diesen [Link](#).

Diese und weitere Pressemitteilungen + Fotos [hier](#) zum Download

Pressestelle IBU: Eva Machill-Linnenberg, mali pr, Schlackenmühle 18, 58135 Hagen, fon +49 2331 46 30 78, fax +49 2331 4 735 835, ibu@mali-pr.de